



FNCTTFEL
Landesverband



Tagesresolution der 42. Konferenz des Sektors Öffentlicher Dienst des FNCTTFEL-Landesverbands vom 21. Oktober 2016

Ein soziales, bürgernahes Europa auch in Luxemburg!

Die letzten 20 Monate sind geprägt durch mehrere politische Ereignisse die einen langen Schatten auf die soziale Entwicklung Europas werfen, und die wir nicht ignorieren dürfen! Austeritätspolitik, Finanzkrisen, Flüchtlingswellen, LuxLeaks, eine Radikalisierung der Gesellschaft seien nur stellvertretend erwähnt.

Am 23. Juni 2016 haben die Briten per Referendum entschieden, aus der EU auszutreten. Das Ergebnis des Referendums waberte wie eine Schockwelle durch die gesamte europäische Union. Den Brexit sollten wir aber als Chance begreifen, um ein Umdenken in Bezug auf partizipative Demokratie auf EU-Niveau zu erreichen und ein Umdenken in punkto Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen durch zu setzen.

Der Brexit bietet der EU nun die Chance sich kritisch zu hinterfragen. Und zwar bezüglich der allgemeinen politischen EU-Verdrossenheit der Bürger und des um sich wuchernden Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus.

Die 42. Konferenz des Sektors Öffentlicher Dienst des FNCTTFEL-Landesverbands fordert die EU- und alle politisch Verantwortlichen auf, ihre aktuelle Politik neu zu gestalten um zu hinterfragen wieso immer mehr EU-Bürger den Austritt ihres Landes aus der Union fordern, und wieso EU-Länder wie Polen und Ungarn, die demokratische Spielregeln missachten, ohne dass ihnen nennenswerte Konsequenzen drohen.

Die 42. Konferenz des Sektors Öffentlicher Dienst des FNCTTFEL-Landesverbands fordert als bürgernahen Partner, eine verstärkte Anerkennung der Gewerkschaftsarbeit und gleichzeitig die Abschaffung des Firmenlobbyismus. Nach all den Jahren der quasi ungebremsen Umsetzung neoliberalen Gedankengutes, soll der Mensch wieder in den Mittelpunkt gestellt werden. Die Interessen von Firmen und Bankgesellschaften dürfen nicht über die Interessen aller Arbeitnehmer gestellt werden. Zivilcourage muss belohnt werden und darf nicht bestraft werden wie im Falle des LuxLeaks-Prozesses. Bürger die auf ihr Gewissen hören und zu Whistleblowern werden, dürfen nicht angeklagt und vor Gericht gezerrt werden.

Freihandelsabkommen und TiSA

Ein sehr beschauliches Beispiel bietet in diesem Zusammenhang das Trauerspektakel rund um CETA & TTIP. Wer die Nachrichtenlage beobachtet, erkennt sofort, dass sowohl die Bürger, die politischen Parteien als auch die nationalen Parlamente eine eindeutige Meinung zu CETA & TTIP entwickelt haben. Aber die EU-Verantwortlichen wollen diese Meinung liebend gerne übergehen und stellen sich mit ihrem Präsidenten Jean-Claude Juncker an der Spitze taub für ein Umdenken. Die 42. Konferenz des Sektors Öffentlicher Dienst des FNCTTFEL-Landesverbands hingegen fordert die direkte Offenlegung der geheimen CETA & TTIP-Verhandlungen sowie die Miteinbindung der Gewerkschaften, der NGO's und aller Bürger bei der Ausarbeitung dieser großen gesellschaftspolitisch äußerst relevanten Fragen.

Das Trade in Services Agreement ist ein Nachfolgeabkommen des General Agreement on Trade in Services der WTO, kurz GATS. Dieses wurde 1995 beschlossen. Das TiSA-Abkommen soll weltweit Dienstleistungen liberalisieren und stärkerem Wettbewerb aussetzen. Die 42.



**FNCTTFEL
Landesverband**



Konferenz des Sektors Öffentlicher Dienst des FNCTTFEL-Landesverbands sieht ein grundsätzliches Konfliktpotenzial zwischen öffentlichen Diensten und Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen. Öffentliche Dienste sollen eine grundlegende soziale Daseinsvorsorge leisten, die bezahlbar, universell verfügbar und nicht gewinnorientiert ist. Öffentliche Dienste werden im Allgemeinen von einem Regelwerk begleitet, das ihre Kommerzialisierung bewusst einschränkt und dafür sorgt, grundlegende Dienstleistungen nicht als reine Handelsware anzusehen. Handelsabkommen dagegen fördern gezielt die Kommerzialisierung.

Die 42. Konferenz des Sektors Öffentlicher Dienst des FNCTTFEL-Landesverbands, dass alle Öffentlichen Dienstleistungen existierend oder nicht, von diesem Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen ausgeschlossen werden.

Die 42. Konferenz des Sektors Öffentlicher Dienst des FNCTTFEL-Landesverbands fordert die Regierung auf TTIP und CETA zu stoppen, transparente partizipative und offene Neuverhandlungen zu beginnen, wo soziale und ökologische Aspekte berücksichtigt werden und in Arbeitsgruppen Bürger, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen Gehör finden.

Die 42. Konferenz des Sektors Öffentlicher Dienst des FNCTTFEL-Landesverbands fordert deshalb allgemein mehr gewerkschaftliches Mitspracherecht.

Gehälterverhandlungen im Öffentlichen Dienst

Aktuell sitzen wiederum abgeschottet von der Öffentlichkeit, die Staatsbeamten-gewerkschaft und der Minister der öffentlichen Funktion zusammen, um einen neuen Gehältervertrag auszuhandeln. Die im öffentlichen Dienst und in den assimilierten Sektoren vertretenen Gewerkschaften sitzen nicht mit am Tisch!

Das Gehälterabkommen von 2011 wurde auf Drängen der Regierung um rund 3 Jahre verschoben. Während den Jahren 2006 bis 2012 haben alle Lohnabhängigen viel Geld durch die Indexmanipulationen verloren, und nicht zuletzt durch das 2014 von der Regierung beschlossene sogenannte Zukunftspaket, was jedoch nichts anderes als ein Sparpaket war!

Beim kommenden Gehältervertrag fordert die 42. Konferenz des Sektors öffentlicher Dienst eine jährliche Erhöhung der Löhne und Gehälter von 2.5% und legt nicht zuletzt einen Schwerpunkt auf qualitative Verbesserungen. Mit einer Kürzung der Wochenarbeitszeit, ohne Gehältekürzung und verbunden mit Neueinstellungen, könnte ein wesentlicher Beitrag zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit geleistet werden. Die Wiedereinführung der 1999 abgeschafften „Préretraite pour travail posté“ im gesamten öffentlichen Sektor, genügend Plätze in Kinderkrippen für die Kinder der öffentlichen Bediensteten sowie dezentrale Kantinen für das gesamte öffentliche Personal oder die Erhöhung der Essenszulage, um nur Diese zu nennen.

Die Gehälterverhandlungen im öffentlichen Sektor betreffen neben der „Fonction Publique“ zahlreiche andere Sektoren und somit zigtausend Beschäftigte im gesamten öffentlichen Dienst.

Die 42. Konferenz des Sektors Öffentlicher Dienst des Landesverbandes fordert die Regierung auf, sich an das OIT (Organisation internationale du travail) Abkommen Nummer 151 vom 25. Februar 1981 zu halten. Dieses Abkommen ist bindend, da es am 21. März 2001 in nationales



Recht umgesetzt wurde. Deshalb müssen alle im öffentlichen Dienst repräsentativen Gewerkschaften mit am Verhandlungstisch sitzen.

Kindergeld und Steuerreform

Wer Zukunftsvisionen hat, der kommt nicht umhin die Jugend zu unterstützen. Das Kindergeld zu kürzen scheint aber ein Weg in die falsche Richtung zu sein.

Die 42. Konferenz des Sektors Öffentlicher Dienst des FNCTTFEL-Landesverbands fordert deshalb die Kindergeldpolitik noch einmal zu überdenken.

Die 42. Konferenz des Sektors Öffentlicher Dienst des FNCTTFEL-Landesverbands begrüßt die Steuerreform, welche ein Schritt in die richtige Richtung ist, und fordert folgende sozialen Anpassungen, wie dass:

- die kleinen Gehälter weiter entlastet werden;
- der Mindestlohn komplett steuerfrei wird;
- der Mittelstandsbuckel geglättet wird;
- größere Gehälter weniger großzügig behandelt werden;
- den Betrieben keine weiteren Steuergeschenke zugestanden werden.

Reform der Gemeindefinanzen

Die 42. Konferenz des Sektors Öffentlicher Dienst des FNCTTFEL-Landesverbands begrüßt die seit langem angekündigte Reform der Gemeindefinanzen, welche 2017 in Kraft treten soll und für eine gerechtere Verteilung der finanziellen Mittel unter den Gemeinden sorgen soll. Ein Finanzpaket von zusätzlichen 90 Millionen soll von der Staatskasse in die Gemeindekassen fließen und den Gemeinden die nötige Planungssicherheit geben.

Die 42. Konferenz des Sektors Öffentlicher Dienst des FNCTTFEL-Landesverbands wird diesen Prozess der Umverteilung aufmerksam verfolgen, dies auch im Interesse des Gemeindepersonals.

Chargés de cours

Mit dem politischen Entscheid den Religionsunterricht sowie die Laienmoralkurse durch einen unabhängigen Werteunterricht zu ersetzen, gewinnen einige langjährigen Forderungen wieder an Aktualität.

Die 42. Konferenz des Sektors Öffentlicher Dienst des FNCTTFEL-Landesverbands fordert die gleiche Altersentlastung, wie für unsere diplomierten Kollegen (mit 50 Jahren 2 freie Unterrichtseinheiten pro Woche und 4 zusätzliche Freistunden mit 55 Jahren). Jetzt, bei der Übernahme der Religionslehrer/innen durch den Staat, bekommt diese Forderung neues Gewicht. Religionslehrer/innen, die eine 120-stündige Zusatzausbildung bestanden haben, können der „Réserve des suppléants“ beitreten ohne ihren Anspruch auf ihre Altersentlastung, die ihr vorheriger Arbeitgeber ihnen gewährt hat, zu verzichten. Diese sah eine Entlastung von einer Unterrichtseinheit bei 50 Jahren vor, und eine zweite wenn sie das Alter von 55 Jahren erreicht hatten.



FNCTTFEL
Landesverband



Die 42. Konferenz des Sektors Öffentlicher Dienst des FNCTTFEL-Landesverbands kann nicht damit einverstanden sein, dass ein Teil der Lehrbeauftragten (frühere Religionslehrer/innen) von einer wöchentlichen Arbeitsentlastung profitieren, während der andere Teil und zwar die Lehrbeauftragten, die unser Schulsystem nun schon seit Jahrzehnten funktionsfähig hielten, wieder einmal leer ausgehen!

Herrn Meischs Entgegenkommen gegenüber den „Chargé/es, hält sich mit 8 freien Unterrichtseinheiten pro Jahr ab 50 in Grenzen. Ab 55 Jahren bietet er 16 Freistunden pro Jahr an. Im Unterrichtsministerium ist man neuerdings der Meinung, dass die Lehrbeauftragten weniger arbeiten als ihre diplomierten Kollegen und ihnen deshalb auch nicht die gleiche „Altersdécharge“ zustehe!

Die 42. Konferenz des Sektors Öffentlicher Dienst des FNCTTFEL-Landesverbands fordert eine gerechte „Altersdécharge“ für alle und gibt sich nicht mit Minister Meischs faulem Kompromiss zufrieden.

Der Landesverband wehrt sich dagegen, dass innerhalb der Lehrerschaft immer mehr Kategorien entstehen (Neben den Lehrern Lehrbeauftragte mit CDI, Lehrbeauftragte mit CDD, jetzt auch noch Lehrbeauftragte mit „Altersdécharge“ und solche ohne „Altersdécharge“). Lehrer und chargés dürfte wohl genügen!

Der Sektor Öffentlicher Dienst des FNCTTFEL-Landesverbands fordert für die Lehrbeauftragten bereits seit Jahren die Schaffung eines zweiten Bildungsweges, der zum Lehrerdiplom führt. Durch die Abschaffung des Religionsunterrichts im Fundamental musste der Minister einen Vorschlag unterbreiten welcher aber viel zu spät vorgestellt wurde. Durch die zu straffen Zulassungsbedingungen werden nur 24 Kandidaten an dieser Ausbildung teilnehmen.

Die 42. Konferenz des Sektors Öffentlicher Dienst des FNCTTFEL-Landesverbands fordert Minister Meisch auf, diese Zulassungsbedingungen zu überdenken damit in den nächsten Jahren eine größere Zahl von Lehrbeauftragten zu diesem Examen zugelassen wird. Es wäre im Interesse der Schüler und der Eltern, wenn möglichst viele Lehrer ein Diplom vorzeigen könnten.

Der Forderung die Anzahl der zeitlich begrenzten Arbeitsverträge (CDD) zu reduzieren, wurde bei dieser „Rentrée“ (2016-2017) Rechnung getragen. So konnten Lehrbeauftragte mit einem zeitlich begrenzten Arbeitsvertrag einen Antrag auf einen unbegrenzten Vertrag stellen. Die Antragsteller bekommen nach einem 3-jährigen Praktikum und zusätzlicher Fortbildungskurse einen unbegrenzten Arbeitsvertrag beim Staat. Wir begrüßen dieses Vorgehen.

Die 42. Konferenz des Sektors Öffentlicher Dienst des FNCTTFEL-Landesverbands fordert, dass über diesen Weg in den kommenden Jahren die zeitlich begrenzten Arbeitsverträge im Fundamental gänzlich verschwinden. Sämtliche freie Posten müssen, wenn schon nicht durch Lehrer, dann mit chargés mit CDI besetzt werden.

Außerdem wird der Landesverband sich dafür einsetzen, dass die Einkommenseinbußen durch die „Stagezeit“ so gering wie möglich ausfallen. So werden wir das Unterrichtsministerium auffordern sich für eine Vereinfachung bei der Anfrage eines „supplément de traitement“ einzusetzen.

Der Landesverband bedankt sich bei den Beamten des Unterrichtsministeriums für die Unterstützung bei der alljährlichen „Affektationsprozedur“ der Lehrbeauftragten im Juli/August. Trotz vieler Verbesserungen bleibt diese sich jährlich wiederholende Zuordnung der



Posten eine Belastung für die Lehrbeauftragten, die somit jedes Jahr um ihren Posten bangen müssen.

Deshalb fordert die 42. Konferenz des Sektors Öffentlicher Dienst des FNCTTFEL-Landesverbands, dass Lehrbeauftragte ab 55 Jahren und bis zu ihrem Rentenalter ihren Arbeitsplatz nicht mehr wechseln müssen.

In diesem Sinne ruft die 42. Konferenz des Sektor Öffentlicher Dienst des FNCTTFEL – Landesverbands alle Mitglieder des Landesverbandes sowie alle engagierten Bürgerinnen und Bürger auf, sich massiv an denen vom Landesverband organisierten Aktionen zu beteiligen und ein Zusammenwirken aller Gewerkschaften zu unterstützen.

Zesumme staark!